

Hartz-IV-"Reform"

Vorschläge für und Ergebnisse im Vermittlungsausschuss (Stand 10.02.2011, 16.00 Uhr, Büro Kipping)

Aktueller Stand:

Erneute Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat am 11.02.2011 – keine Abstimmung im Bundesrat über „unechtes“ Ergebnis des Vermittlungsausschusses.

Regelleistungen

A-Länder-Vorschlag: wie schwarz-gelbes Gesetz nur Referenzgruppe minimiert um Aufstocker, die nicht mehr als 100 Euro Nettoeinkommen haben. D. h., nicht mal die 370 Euro werden erreicht, denn dabei waren Aufstocker herausgerechnet, die bis zu 100 Euro Erwerbseinkommen hatten, Nettoeinkommen ist aber Erwerbseinkommen (z. B.) 80 Euro plus z. B. 60 Euro von Oma. Das heißt, die Referenzgruppe ist gegenüber der 100-Euro-Erwerbseinkommen-Regelung nochmal minimiert .

Vermittlungsausschuss/BREG wie schwarz-gelbes Gesetz

Mobilitäts- und andere Mehr-/Sonderbedarfe

Unterschiedliche Variante von A und B – Seiten für einen Mehrbedarf für Mobilität – laut Presseberichten und Reden; bislang Varianten nicht schriftlich vorgelegt.

In Anrufungsbeschluss des Bundesrates verankert:

„Dabei soll in das SGB II und das SGB XII eine Regelung aufgenommen werden, die spezifische Sonderbedarfe regelt.“ Explizit werden in der Begründung Mobilität und „weiße“ Ware genannt.

Bildungs- und "Teilhabe"paket

A-Länder-Vorschlag: BT-Pakte vollständig auf Kommune übertragen, Finanzierung durch Bund, Erweiterung auf Kinder von Wohngeldbeziehenden, sozialpädagogische Hilfen für Leistungsberechtigte

BREG: keine Übertragung auf Kommunen

Vermittlungsausschuss: wie A-Länder-Vorschlag, Finanzierung durch Bund durch Erhöhung KdU-Anteil (neue Formel mit BBBT)

Aufwandsentschädigung

Vermittlungsausschuss, also BREG: keine Anrechnung von 175 Euro Aufwandsentschädigung

Protokollerklärung (Vermittlungsausschuss, BREG also, Grusi im Alter und bei Erwerbsminderung)

- Bund übernimmt Finanzierung Grusi in drei Schritten bis 2014 vollständig, dafür wird Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung der BA im entsprechenden Umfang zurückgefahren und in der letzten Stufe maximal dem Wert eines halben Mehrwertsteuerpunktes¹ entsprechen (siehe Anlage) (Nullsumme in 2014, danach aber Anstieg Ausgaben Grusi – neue Rentenregelungen???)
- Länder verzichten auf Forderung einer Veränderung der Bundesbeteiligung an KdU

Warmwasser

Vermittlungsausschuss: dezentrale Erhitzung Kosten als Mehrbedarf erstattet (Finanzierung?), zentrale Erhitzung – Kosten im Rahmen der KdU erstattet

Mindestlohn / equal pay

A-Länder-Vorschlag: equal pay nach drei Monaten, Aufnahme Leiharbeit ins Arbeitnehmer-Entsende-Gesetz (AentG), um dort mit Mindestlohn-Tarifvertrag der Leiharbeitsbranche eine Lohnuntergrenze einzuziehen (Bemerkung: nach drei Monaten arbeitet die Hälfte der Leiharbeiter nicht mehr bei der Leiharbeitsfirma; Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen; Übernahme aller Branchen in Entsende-Gesetz; Mindestlöhne für Aus- und Weiterbildung sowie Sicherheitsdienstleistungen

BREG: Tarifvertragsparteien sollen Einsatz von Zeitarbeit verantwortlich regeln, sollen festlegen nach welcher Verleihdauer equal pay gezahlt werden soll, wenn keine befriedigenden Ergebnisse, soll BREG eine Kommission einberufen, die unter Wahrung Tarifautonomie der BREG eine Empfehlung; Mindestlohntarifvertrag in Branche Aus- und Weiterbildung nach dem SGB II/III (eigens eingerichtete Kommission legt den fest) und Sicherheitsdienstleistungen

Vermittlungsausschuss: wie BREG

¹ von den 3 Prozentpunkte Mwst.-Erhöhung musste durch Bund 1 Prozentpunkt für Arbeitsförderung zugeschossen werden, dieser eine Prozentpunkt soll nun halbiert werden.